

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Rede von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke anlässlich der Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2024 in der Generalstaatsanwaltschaft in Brandenburg an der Havel**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke,  
sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt Dr. Andreas Behm,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtages und der Stadtverordnetenversammlung, lieber Herr Vorsitzender Paaschen,  
sehr geehrte Frau Dr. Maria Nooke,  
liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen.

Ganz herzlich begrüße ich in Vertretung des Oberbürgermeisters die Beigeordneten Frau Adel und Herrn Barz.

Es gibt Orte, die lassen nicht nur Geschichte lebendig werden, sondern stehen für den Beginn einer neuen Zeit. Aus dem Kreisgericht, in der DDR ein Ort staatlicher Willkür des SED-Regimes, wurde die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg, des höchsten Garanten von Recht und Freiheit in unserem Land.

Wenn wir heute am 17. Juni hier in der Steinstraße 61 an den ersten landesweiten Volksaufstand in der DDR erinnern - Bürgerinnen und Bürger aus Brandenburg an der Havel, Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit dem Generalstaatsanwalt Dr. Andreas Behm, mit Dr. Maria Nooke, der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur - dann steht unsere eigene Geschichte plötzlich kristallklar vor uns. Die Überwindung der SED-Diktatur, die Friedliche Revolution, die Aufbauarbeit für ein freies demokratisches und weltoffenes Land. Hier vor Ort öffnet sich der Blick auf die Bedeutung dieser zivilisatorischen Tat für unser Land, für unsere Demokratie, für die Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Im Hof des Kreisgerichts hat der Volksaufstand in Brandenburg an der Havel angefangen. Schon am 12. Juni mit sechs Mitarbeitern des Fuhrunternehmens Taege, die gekommen waren, um die Freilassung ihres inhaftierten Chefs Kurt Taege zu fordern. Einer von vielen mittelständischen Unternehmern, der in den Tagen, Wochen und Monaten zuvor willkürlich verhaftet worden war. Am Abend versammelten sich 2.000 Menschen, um an der Seite der Taege-Arbeiter die Freilassung politisch Gefangener zu fordern. 12.000 bis 15.000 Menschen waren insgesamt in Brandenburg an der Havel auf den Beinen.

Ich muss es wiederholen: gefangen genommen, weil sie die Staatsmeinung nicht teilten. Das hieß: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefährdung der staatlichen und öffentlichen Ordnung durch Schriften, Gegenstände und Symbole, vielleicht war es auch nur ein dummer Witz, der ins Gefängnis führte. Gefangen genommen wurden vermeintliche Staatsfeinde, die „Politischen.“ Heute unvorstellbar!

Vielen Dank dafür, dass Schülerinnen und Schüler des Jugendtheaters Brandenburg in ihrer szenischen Lesung genau das verdeutlichen.

„Freiheit wollen wir!“ – hatten die Demonstranten gerufen. Dafür drohten ihnen Verhaftungen, Verurteilung, Zuchthaus. Ausnahmezustand, Ausgangssperre, Einschüchterung.

Da war nichts demokratisch, wie die junge DDR behauptete zu sein. Der Volksaufstand in Brandenburg an der Havel, das waren Tage des Mutes zum Widerstand gegen staatliche Willkür, gegen SED-Unrecht, Tage des Kampfes um Freiheit, auch Tage der Gewalt.

Zur historischen Wahrheit gehört es auch zu sagen, dass der Staatsanwalt von Demonstranten lebensgefährlich verletzt wurde, dass der Kreissekretär der FDJ von Jugendlichen krankenhausreif geschlagen wurde. Und am Puschkinplatz wurde ein Kind von einer Volkspolizistin im Handgemenge erschossen. Gewalt wirft Schatten auf die Tage im Juni 1953. Gewalt und Gegengewalt. Heute gedenken wir aller Opfer dieses Tages.

Dennoch verbreiteten diese Junitage 1953 eine Ahnung davon, dass Befreiung aus der Diktatur möglich ist. Ein Moment der Freiheit. Vor diesem geschichtlichen Horizont werden die Gefährdungen der Freiheit in großer Klarheit sichtbar, Gefährdungen, mit denen wir uns heute auseinandersetzen haben. Demokratie sorgt für Freiheit, aber die Wechselwirkung von Freiheit und Demokratie kann spannungsreich sein, die demokratische Grundlage ist nicht gegen alle Anfeindungen resilient.

Es ist unsere dringliche Aufgabe, Demokratie weiterzuentwickeln. Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sie uns doch selbst erkämpft! Wir leben in einer freien Gesellschaft, in einem Rechtsstaat. Wie sehr hatten sich die Protestierenden, die in den Junitagen 1953 hier standen, wohl nach dieser Freiheit gesehnt? Wir dürfen niemals vergessen, was Diktatur und staatliche Willkür bedeuten für die Freiheit, für das Leben des einzelnen und der Gesellschaft. Hier haben im Juni 1953 mutige Bürger die Befreiung von willkürlich Inhaftierten gefordert, sie haben ihr Recht gefordert und das ihrer Mitmenschen. Es ist an der Zeit, geschichtliche Horizonte lesen zu lernen. Dann werden Signaturen der Gegenwart sichtbar, was rückwärtsgewandt ist und was auf eine lebenswerte Zukunft gerichtet. Dann sehen wir die bedenkliche Gleichgültigkeit gegenüber politischer Teilnahme, den Bedeutungsverlust von politischem Engagement. Bis hin zu Hass, Hetze, Bedrohung gegenüber Kommunalpolitikerinnen und Abgeordneten. Wir müssen uns fragen, woher diese Gleichgültigkeit kommt, woher die Sympathie für Kräfte kommt, die aus einer freien offenen Gesellschaft eine autoritär machen wollen.

„Keine Gewalt“ riefen die Demonstranten 1989, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit.

Freiheit, Demokratie, Gewaltlosigkeit - wie abstrakt wirkt das, wenn man es hat.

Unfreiheit, Diktatur und Gewalt sind weit fasslicher. Gerade hier, an diesem Ort.

Deshalb ist es wichtig, heute hier zu sein, eigene Geschichte zu reflektieren, wach zu bleiben und Auseinandersetzungen zu führen, wo es nützt. Menschen nicht nur mitzunehmen, sondern ihnen zuzuhören, Kritik zuzulassen. Ich weiß, nicht alle sind immer zufrieden mit dem, was die Parlamente beschließen und die Regierungen tun. Wir können nicht in allen Fragen einer Meinung sein. Meinungsvielfalt ist Demokratie, die Demokratie sind wir selbst - in unserem Alltag, in unserem Handeln und im Miteinander mit Familie, Freunden, Nachbarn, mit Menschen, denen wir begegnen. Wir alle haben die Möglichkeit, unsere Stimme zu erheben, mitzugestalten und für Veränderungen einzutreten.

Wir müssen uns neu verständigen über die Zukunft der Demokratie, wie wir sie anwenden, wie wir sie verteidigen - in den Parteien, in den Wahlkreisen, im Parlament, auf dem Marktplatz, auf Theaterbühnen, am Küchentisch. Menschen wollen Sicherheit, Stabilität, Frieden.

Lassen Sie uns Verunsicherung entgegenwirken, zuversichtliche Geschichten erzählen, Verschwörungstheorien entkräften, diplomatische Lösungen finden, wo im Krieg Gewalt das Recht verdrängt hat.

Es kommt darauf an, junge Menschen zu gewinnen, um demokratische Strukturen und Prozesse zukunftsfähig zu machen. Wir brauchen funktionierende, gesellschaftlich geachtete und handlungsmächtige politische Institutionen. Wir brauchen einen neuen demokratischen Prozess, Zukunftsdebatten über Verfahren, Strukturen, Organisationen, über die Voraussetzungen, Wirkungen, über die Schönheit der Demokratie. Und wir müssen uns schwierigen Fragen stellen, wie wir den Herausforderungen sich überlagernder und verstärkender Krisen begegnen können, wie wir umgehen mit der Unvorhersehbarkeit von Situationen, in denen wir Entscheidungen treffen müssen, deren Wirksamkeit und deren Wirkungen wir nicht mehr vollständig voraussehen können.

Das funktioniert nur gemeinsam, ressortübergreifend, interdisziplinär, parteiübergreifend, im Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur. Weil es uns alle betrifft, und unsere Nachbarn und Europa. Für ein tolerantes, weltoffenes Brandenburg. Deshalb sind wir heute gemeinsam hier.

Vielen Dank!

Anhang: Ereignisse vom 12. – 17. Juni in Brandenburg an der Havel

Bauarbeiter, Arbeiter aus dem Traktorenwerk, dem Stahlwerkes, das für die sowjetische Rüstungsindustrie arbeitete und der Thälmannwerft hatten die Arbeit niedergelegt. Arbeiter der Thälmannwerft, des Schlepperwerks, des Walzwerkes „Willi Becker“ Kirchmöser, des Reichsbahnausbesserungswerkes Brandenburg West, Stahlbau Brandenburg und viele andere mehr.

Eine Gruppe gewählter Delegierter fuhr nach Ost-Berlin, um der DDR-Regierung ihre Protest-Forderungen zu überbringen. 1000 Demonstranten stürmten SED-Kreisleitung, Stadthaus. FDJ und des FDGB. Polizisten liefen zu den Demonstranten über. Demonstrierende besetzten die Untersuchungshaftanstalt. Eine Delegation wurde in den Zellentrakt geschickt, forderten die Freilassung der politischen Gefangenen und sammelte die Waffen der Polizisten ein. Kreisrichter Harry Benkendorff musste die Häftlingsakten vorlegen. 42 Inhaftierte wurden befreit. Auch die Jugendlichen aus einem Jugendauffangheim.

Mittags wurde vor dem Volkspolizeikreisamt demonstriert, in dem der Krisenstab tagte. Gegen Mittag lösten Sowjetsoldaten die Demonstration vor dem Gericht auf. Die Feuerwehr setzte erst Löschwagen als Wasserwerfer gegen die Demonstrierenden ein, später schossen Polizisten aus dem Volkspolizeikreisamt in die Menge.

Als Steine flogen in die Fensterscheiben des Volkspolizei-Kreisamtes, Schüssen fielen Demonstranten das Haus besetzten, rückten sowjetische Soldaten an, verhafteten über 50 Protestierende. In der Nacht zum 18. Juni griff dann die Staatsmacht zu. Viele Brandenburger wurden verhaftet, darunter auch etliche befreite Gefangene.

Auch nach dem 17. Juni wird weiter gestreikt, in einigen Betrieben noch bis zum 20. Juni. Bauarbeiter im Stahlwerk forderten den Abzug der Volkspolizei aus dem Betrieb und keine Nachteile für die Demonstranten. Manche Belegschaften versuchten, Streikleitungen zu wählen. Wer als Rädelsführer galt, wurde vom MfS verhaftet.